

Universität: Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Fachbereich: Sozialwissenschaften, Institut für Politikwissenschaft
Seminar: **Parteien und Wahlen in der BRD**
Leitung: Prof. Dr. Jürgen W. Falter
Semester: Sommersemester '98

Ingo Ostwald

Die programmatische Entwicklung der SPD

Hausarbeit

Autor: Ingo Ostwald
Studienfächer: Mathematik, Sozialkunde, Informatik (Lehramt)
Adresse: Talstraße 68, 55218 Ingelheim
Telefon: 06132-88206 oder 0177-4274994
e-mail: ostwi @ mathematik.uni-mainz.de

Gliederung

1.	Vorwort	2
2.	Die SPD vor der Weimarer Republik	3
2.1	Die Gründung der SPD	3
2.2	Das Sozialistengesetz	3
2.3	Die Abspaltung der USPD	4
3.	Die SPD in der Weimarer Republik und die Machtergreifung	5
3.1	Die SPD in der Weimarer Republik	5
3.2	Das Ermächtigungsgesetz und das Dritte Reich	6
4.	Die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg	7
4.1	Die SPD in den Besatzungszonen	7
4.2	Die SPD in der Anfangsphase der Bundesrepublik Deutschland	8
4.3	Das Godesberger Programm	10
4.4	Die SPD in der Regierungsverantwortung	12
4.5	Das Berliner Programm	14
5.	Fazit: Grunderfahrungen der SPD und Ausblick	15
6.	Anhang	17
6.1	Abkürzungsverzeichnis	17
6.2	Personenverzeichnis	17
6.3	Literaturverzeichnis	18

1. Vorwort

Unter den Parteien in der BRD kann die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) auf die längste Geschichte zurückblicken. Die Partei trägt ihren Namen 1891, besteht jedoch schon seit 1875, wobei ihre programmatischen Ansätze bereits durch den 1863 gegründeten Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein vertreten wurden.

Anhand der wichtigsten Programme der SPD sollen in dieser Hausarbeit die programmatische Entwicklung der Partei dargestellt und die für die Entwicklung wesentlichen Erfahrungen der Partei herausgearbeitet werden. Die Arbeit ist chronologisch aufgebaut und in drei Abschnitte unterteilt, welche sich mit der SPD vor der Weimarer Republik (Kapitel 1), in der Weimarer Republik, bei der Machtergreifung und im Dritten Reich (Kapitel 2) und nach dem Zweiten Weltkrieg (Kapitel 3) befassen. In den 135 Jahren von 1863 bis 1998 hat sich die SPD über „fünzig Programme gegeben, die diesen Namen verdienen,“¹ von denen in dieser Arbeit folgende behandelt werden: das Gothaer Programm (1875, Kap. 2.1), das Erfurter Programm (1891, Kap. 2.2), das Heidelberger Programm (1925, Kap. 3.1), die Politischen Leitsätze (1945, Kap. 4.1), das Aktionsprogramm (1952 und 1954, Kap. 4.2), das Godesberger Programm (1959, Kap. 4.3), der Orientierungsrahmen 85 (1975, Kap. 4.4) und das Berliner Programm (1989, Kap. 4.5).² Dabei ist das Hauptaugenmerk auf die wesentlichen programmatischen Aussagen der jeweiligen Zeit gerichtet, das Umfeld, in dem diese entstanden sind, wird nur so weit erläutert wie es für das Verständnis der Programmatik notwendig ist. Gemäß dem Titel des Seminars, aus dem heraus diese Arbeit entstand, liegt der Schwerpunkt auf den Programmen nach dem Zweiten Weltkrieg.

¹ zit. nach Schmitt, S. 149

² Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind im folgenden, außerhalb von Zitaten, die Namen der Programme **rot**, Parteinaamen **fett** und Personennamen *kursiv* gedruckt.

2. Die SPD vor der Weimarer Republik

2.1 Die Gründung der SPD

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) ging aus der 1875 gegründeten **Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands** (SAPD) hervor. Diese wiederum entstand als Zusammenschluß des 1863 von *Ferdinand Lassalle* gegründeten **Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins** (ADAV) und der 1869 von *Wilhelm Liebknecht* und *August Bebel* gegründeten **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei** (SDAP). Während der ADAV sein sozialistisch und national gefärbtes Programm „auf friedl. Wege und mit Hilfe des Staates, aber abseits der bürgerl. Sphäre zugunsten der Arbeiterinteressen“³ umsetzen wollte, orientierte sich die SDAP an *Karl Marx*, stand also „auf dem Boden des internat. Sozialismus und des Klassenkampfgedankens.“⁴

Grundlage für den Zusammenschluß der beiden etwa gleichstarken Gruppen im Mai 1875 war das **Gothaer Programm**, in welchem als Hauptziele die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft in einem freien Staat, die Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung der Arbeiter und die Beseitigung der sozialen und politischen Ungleichheit formuliert wurden. Zum Erreichen dieser Ziele sollten alle gesetzlichen Mittel angewendet und auf revolutionären Klassenkampf verzichtet werden. Somit stellte das Programm einen Kompromiß zwischen marxistischer Theorie und reformerischer Praxis dar.⁵

2.2 Das Sozialistengesetz

Nur drei Jahre nach dem Gothaer Programm wurde 1878 unter *Bismarck* das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“⁶ (Sozialistengesetz) beschlossen. Hintergrund für dieses Gesetz waren zwei den Sozialdemokraten angelastete gescheiterte Attentate auf *Kaiser Wilhelm I.*. Verboten wurden alle Vereine und Parteien, die den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zum Ziel hatten, darunter auch SAPD und die Gewerkschaften. Das Verbot bezog sich auch auf die Parteipresse und auf Versammlungen. Dennoch ging die Arbeit der Sozialdemokraten im Untergrund unter dem Deckmantel verschiedener Turn-, Naturfreunde- oder Radsportvereine weiter. Die Un-

³ zit. nach Brockhaus, Band 17, S. 615, 1. Spalte

⁴ zit. nach Brockhaus, Band 17, S. 615, 1. Spalte

⁵ vgl. Grütter, S. 239

⁶ zit. nach Olzog, S.111

tergrundstellung der Partei führte zu einer zunehmenden Radikalisierung der politischen Ansichten, der Staat wurde abgelehnt, die marxistische Theorie gewann an Bedeutung.⁷

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 gründete sich die Partei als **Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (SPD) 1891 neu und wurde wieder zu Wahlen zugelassen. Grundlage für die Neugründung war das **Erfurter Programm**, welches deutlich die Radikalisierung in der Zeit der Untergrundarbeit widerspiegelte: Eine Verpflichtung auf marxistische Grundprinzipien wurde festgeschrieben, die SPD setzte auf Revolution. Unterstützung erhielt die SPD durch Gewerkschaften, da sie den Arbeitern politische und soziale Rechte erkämpft und ihren Lebensstandard verbessert hatte.⁸

Bereits bei der ersten Wahl nach der Aufhebung der Sozialistengesetze hatte die SPD dreimal so viele Wähler als vor dem Sozialistengesetz, 1912 war sie die stärkste Fraktion im Reichstag. In der parlamentarischen Praxis setzte sich eine gemäßigte, sozialreformatorsche Richtung durch, die besonders von den jüngeren Sozialdemokraten (*Ebert, Naske, Scheidemann*) getragen wurde, während *R. Luxemburg, Kautsky* und *Bebel* diesen Revisionismus ablehnten.⁹ Programm und tatsächliche Politik standen also im Widerspruch, die Kluft zwischen radikaler Theorie und reformerischer Praxis wurde deutlicher.

2.3 Die Abspaltung der USPD

1914 stimmte die SPD im Reichstag einstimmig für Kriegskredite. Eine Minderheit fügte sich anfangs dem Fraktionszwang, schied jedoch März 1916 vor dem Hintergrund nach wie vor vorhandener grundlegender Richtungsunterschieden aus der Fraktion aus und gründete im April 1917 die **Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (USPD), die die soziale und politische Revolution nach russischem Vorbild verfocht, also eine Räterepublik anstelle der parlamentarischen Demokratie forderte, und gegen die Fortsetzung des Krieges eintrat. Die nach der Abspaltung der USPD verbliebenen sog. **Mehrheits-Sozialdemokraten** (MSPD) waren dagegen trotz ihrer Nähe zu den Gewerkschaften auch zur Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien bereit. So wählte im Oktober 1918 der letzte Reichskanzler des Kaisers, *Max von Baden*, aus den Reihen der MSPD und der linksliberalen Fortschrittspartei die wichtigsten Reichsminister. Mit einer für die SPD unumgänglichen Verfassungsänderung am 28.10.1918 wurde das Kaiserreich von einer konstitutionellen in eine parlamentarische

⁷ vgl. Bernlochner, S. 83

⁸ vgl. Stöss, S. 2025 f.

⁹ vgl. Grütter, S. 257 und Brockhaus, Band 17, S. 615, 1. Spalte

Monarchie umgewandelt, womit der Kern des Bismarckschen Verfassung zerstört war. Da die Bedeutung dieses Wandels jedoch nicht genügend in die Öffentlichkeit drang und die Alliierten des Ersten Weltkriegs an der Beseitigung der Monarchie festhielten, brach am 9.11.1918 die Revolution aus. Noch im November 1918 entschieden sich die Vertreter von spontan entstandenen Arbeiter- und Soldatenräten für die parlamentarische Republik als Staatsform. Der radikale Flügel der USPD schloß sich schließlich 1920 der **Kommunistischen Partei Deutschlands** (KPD) an, die übrigen kehrten 1922 zur SPD zurück.¹⁰

3. Die SPD in der Weimarer Republik und die Machtergreifung

3.1 Die SPD in der Weimarer Republik

Nachdem die SPD den Verzicht auf die Durchführung einer sozialistischen Revolution erklärt und sich zur parlamentarischen Demokratie bekannt hatte, wurde 1919 *Friedrich Ebert* erster Präsident der neuentstandenen Weimarer Republik. Unter ihm wurden Aufstände der USPD und der Kommunisten mit Hilfe der Reichswehr niedergeschlagen, womit die SPD ihr Bekenntnis zur Verfassung und damit zur parlamentarischen Demokratie unter Beweis stellte. Es zeigte sich, daß *Ebert*, der bei seiner Wahl von nationalen Kreisen heftig bekämpft worden war, „sein Amt als dem gesamten Volke verantwortlich wahrnahm und in ihm wahrhaft staatsmännisches Format gezeigt hat.“¹¹

Als erste Revision des Erfurter Programms wurde 1921 das **Görlitzer Programm** beschlossen, aus dem 1925 das **Heidelberger Programm** hervorging. Dieses war nach wie vor in seinen Haupttendenzen getragen von orthodox-marxistischem Gedankengut, „praktisch jedoch reformistisch ausgerichtet“¹², der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis blieb also erhalten.

Während die SPD aus der ersten Wahl zur Weimarer Nationalversammlung mit 37,9% der Stimmen als stärkste Fraktion hervorging und mit der **Deutschen Demokratischen Partei** (DDP) und dem **Zentrum** die sog. Weimarer Koalition bilden konnte, mußte sie 1920 bei einem Stimmenanteil von nur noch 21,7% die Regierungsverantwortung an die bürgerlichen Parteien abgeben und verlor somit den richtungsweisenden Einfluß. 1928 erreichte die SPD bei den Wahlen einen Stimmenanteil von 29,8% und konnte damit in einer Großen Koa-

¹⁰ vgl. Bernlochner, S. 247 und Brockhaus, Band 17, S. 615, 1. Spalte

¹¹ zit. nach Olzog, S. 117

¹² zit. nach Brockhaus, Band 17, S. 615, 2. Spalte

lition aus SPD, DDP, Zentrum, BVP und DVP unter Reichskanzler *H. Müller* eine führende Rolle einnehmen. Vor dem Hintergrund der 1929/30 beginnenden Wirtschaftskrise geriet die SPD jedoch in einen immer stärker werdenden parteiinternen Richtungsstreit über die Frage, ob die SPD die Position einer Klassenkampfpartei oder einer Staatspartei einnehmen sollte. *Müller* konnte sich in seiner eigenen Partei schließlich nicht mehr durchsetzen und mußte zurücktreten.

Aufgrund der Wirtschafts- und Staatskrise und dem Unvermögen der Regierungsparteien, darauf zu antworten, konnten sich kleine und radikale Parteien wachsender Beliebtheit erfreuen: Während 1932 gegenüber der Wahl von 1928 der Stimmenanteil der SPD um 9,4 Prozentpunkte auf 20,4% sank, stieg der Stimmenanteil der KPD um 6,3 Prozentpunkte auf 16,9%. Die radikal rechte **Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei** (NSDAP) erhielt sogar 33,1%.¹³

3.2 Das Ermächtigungsgesetz und das Dritte Reich

1933 stimmte die SPD als einzige Partei gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers. In seiner Rede vor der Abstimmung betonte der Parteivorsitzende *Otto Wels*, daß die Partei zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Menschlichkeit, der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus stehe. Er betonte, daß die von der NSDAP „entfesselte Revolution eine nationale, nicht eine nationalsozialistische“¹⁴ sei und „die eigentliche Trägerin sozialistischen Gedankenguts“, nämlich die SPD, zu vernichten versuche. Weiterhin hob er hervor, daß seit Bestehen des Deutschen Reichstags „noch niemals [...] die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden“ seien, wie es derzeit geschehe und verurteilte das Bestreben, die „Allmacht der Regierung“ mit dem Ermächtigungsgesetz noch auszubauen.

Die bestehenden Mehrheiten im Reichstag und die Tatsache, daß die SPD auf „die soziale Not der Wirtschaftskrise und auf die drohende Gefahr der nazistischen Massenbewegung keine Antwort“¹⁵ fand, verhinderten jedoch den Erfolg ihres Widerstands. Es folgten Ausschluß aus allen Parlamenten, Auflösung und Verbot der Partei. Einige Mitglieder gingen in den Widerstand (z.B. *Paul Löbe* und *Julius Leber*) oder ins Exil (z.B. *Otto Wels* und *Erich Ollenhauer*), die meisten jedoch blieben in passiver Ablehnung. Noch heute ist die Partei

¹³ aufgeführte Stimmenanteile aus: Bernlochner, S. 256 und Brockhaus, Band 17, S. 615, 2. Spalte

¹⁴ Dieses und die nachfolgenden Zitate in diesem Absatz sind zit. nach Olzog, S. 120 f.

¹⁵ zit. nach Stöss, S. 2026

„stolz darauf, [...] niemals Krieg, Unterdrückung oder Gewaltherrschaft über unser Volk gebracht“¹⁶ zu haben.

4. Die SPD nach dem Zweiten Weltkrieg

4.1 Die SPD in den Besatzungszonen

Nach der Kapitulation begann der organisatorische Neuaufbau der SPD 1945 schon bevor dies von den Besatzungsmächten erlaubt wurde; es handelte sich dabei nicht um die Schaffung einer neuen Partei, sondern um eine Wiederbelebung. Zunächst wurde die Partei in der sowjetischen, dann in der britischen und schließlich in allen vier Besatzungszonen wiedergegründet. Die Koordinierung erfolgte über das sog. „Büro Schumacher“ in Hannover. Unter *Kurt Schumacher* schlossen sich dann auch die Parteien der drei Westzonen zusammen. In der SBZ kam es 1946 zu einer Zwangsvereinigung der von *Otto Grotewohl* geführten SPD mit der KPD zur **Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands** (SED). Ausgenommen hiervon war nur Ost-Berlin, wo die SPD noch bis 1961 existierte, jedoch ohne Bedeutung war. SPD-Mitglieder, welche die Vereinigung mitgetragen hatten, verloren in der SED an politischem Gewicht. Nach dem Zusammenbruch der aus der SBZ hervorgegangenen DDR gründete sich 1989 eine **Sozialdemokratische Partei** (SDP). Diese benannte sich 1990 in SPD um und schloß sich schließlich der West-SPD an.

Schumacher lehnte eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den Westzonen strikt ab und drängte die programmatische Orientierung *Grotewohls* zurück. Anstelle eines Grundsatzprogramms verfaßte er grundlegende Richtlinien, in denen er den Führungsanspruch der Sozialdemokratie sehr deutlich hervorhob. Seine Priorität lag auf der Deutschland- und Außenpolitik. Ein politischer und wirtschaftlicher Neuaufbau unter sozialistischen Vorzeichen (auch z.B. mit Verstaatlichungen) und die nationale Selbstbehauptung in einem eigenen Staat, also die Unabhängigkeit von Besatzungsmächten, sollten erreicht werden. Die Oder-Neiße-Linie wurde als Grenze ebenso abgelehnt wie die Abtrennung des Saarlandes, und die Wiedervereinigung Deutschlands wurde als Nahziel angesehen.¹⁷ Die nationale Einheit war schon deshalb für die SPD wichtig, da sie traditionelle Hochburgen in der SBZ hatte.¹⁸

¹⁶ zit. nach Berliner Programm, S. 7; zum vorangegangenen Abschnitt vgl. auch Olzog, S. 121

¹⁷ vgl. Stöss, S.2048

¹⁸ vgl. Bernlochner, S. 366

Die Wirtschaftsprogrammatische der SPD nach 1945 sah staatliche, aber dezentrale Planung unter Einbau marktwirtschaftlicher Wettbewerbselemente und unter Bevorzugung indirekter Lenkung vor, sowie betriebliche Mitbestimmung, Sicherung der überbetrieblichen Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten durch demokratisch aufgebaute wirtschaftliche Selbstverwaltung in paritätisch besetzten Industrie-, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern, besondere Förderung gemeinnütziger Wirtschaftsgemeinschaften (Genossenschaften), Verstaatlichung monopolistischer Unternehmen in der Grundstoffindustrie und der Versorgungswirtschaft, sowie der Großbanken.¹⁹

Insgesamt gab es keinen wirklichen organisatorischen Neuanfang und auch keine Öffnung zu neuen Schichten, die SPD hatte mit *Schumacher*, der 1946 Parteivorsitzender wurde „einen neuen Kopf, aber keine neuen Glieder“²⁰.

Vor dem Hintergrund des noch geltenden Heidelberger Programms formulierte die SPD 1946 in Anlehnung an *Schumachers* Konzeption **Politische Leitsätze**, die ein eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie beinhalteten, nationale Interessen hervorhoben und daher alle an Deutschland gerichteten Gebietsansprüche ablehnten. Von den Besatzungsmächten wurde für Deutschland außenpolitische Neutralität gefordert, was jedoch aufgrund alliierter Auflagen keine Durchsetzungschancen hatte. In der Wirtschaftspolitik sprach man sich für staatliche, aber dezentrale Wirtschaftsplanung, Verstaatlichung der Großindustrie und betriebliche, sowie überbetriebliche Mitbestimmung aus. Ideologisch sagte man sich zwar nicht gänzlich von marxistischen Prinzipien los, versuchte diese jedoch zu modernisieren: eine plumpe Klassenkampftheorie war ebensowenig vorgesehen wie die Ablehnung der Kirchen. Mit diesen Leitsätzen sind zentrale Grundsätze des Heidelberger Programms ergänzt und detailliert worden. Insgesamt ist damit „ein bescheidener Schritt in Richtung einer gewissen Programmanpassung an die momentanen Gegebenheiten vollzogen worden.“²¹

4.2 Die SPD in der Anfangsphase der Bundesrepublik Deutschland

In ihrem Konzept vor der ersten Bundestagswahl 1949 lehnte die SPD die von der inzwischen gegründeten CDU geforderte Sozialen Marktwirtschaft ab und forderte ihrerseits die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien. Auch die Wiederbewaffnung und die Integration in das westliche Verteidigungsbündnis wurden abgelehnt, da hierin die deutsche Teilung als

¹⁹ vgl. Stöss, S. 2051

²⁰ zit. nach Stöss, S. 2028

²¹ zit. nach Kunz, S. 277, zum vorangegangenen Absatz vgl. ebenfalls Kunz, S. 277

besiegelt gesehen wurde. Die CDU schaffte es jedoch, die in ihren „Düsseldorfer Leitsätzen“ festgeschriebene Soziale Marktwirtschaft „geschickt mit den bisherigen Leistungen und dem bescheidenen Aufwärtstrend [...] zu koppeln.“²² Die SPD dagegen hatte es nicht geschafft, sich anderen Wählerschichten zu öffnen, ihre programmatischen Aussagen waren stark „am Bild des klassenbewußten Arbeiters orientiert.“²³ Im Wahlkampf wurde sie daher als marxistisch bezeichnet und mit den Kommunisten gleichgestellt. Obwohl die SPD, basierend auf den politischen Leitsätzen SPD zunächst Wahlerfolge auf kommunaler Ebene erzielt hatte, verlor sie daher, sowie in Anbetracht des Widerstands der Besatzungsmächte und der sich formierenden bürgerlichen Kräfte die Bundestagswahl 1949 deutlich. Auch 1953 konnte sich die SPD bei der Bundestagswahl gegen den Bürgerblock, der sich inzwischen etabliert hatte, nicht durchsetzen und war aufgrund „der politischen Polarisierung in grundlegenden außen-, aber auch wirtschaftspolitischen Fragen“²⁴ nicht zu einer Koalition mit diesem bereit.

Vor dem Hintergrund der verlorenen Bundestagswahl 1949 wurde 1952 als erstes umfassendes Programm der SPD in der Nachkriegsgeschichte ein **Aktionsprogramm** beschlossen, welches nach der Wahl 1953 auf einem Parteitag in Berlin 1954 stilistisch und inhaltlich überarbeitet wurde. Die SPD kehrte darin davon ab, eine reine Arbeiterpartei zu sein, die nur Sonderinteressen einzelner Gruppen vertrete, und bezeichnete sich als Volkspartei, die für die „Gleichberechtigung aller Menschen“²⁵ kämpfe. Im wirtschaftlichen Bereich waren Chancengleichheit, Arbeitsplatzsicherung und Vollbeschäftigung, Überwindung jeglicher Ausbeutung, Mitbestimmung und eine gerechte Verteilung von Besitz und Einkommen die zentralen Ziele der SPD. Unter dem von *Karl Schiller* ausgesprochenen Motto „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“²⁶ wurde die Bedeutung von Planung und Sozialisierung herabgestuft, die Bezahlung nach Leistung und eine Stärkung des Mittelstands gefordert. Die Menschen sollten zur Gestaltung ihres Schicksals aktiviert werden. In der Deutschlandpolitik behauptete sich nach wie vor das Konzept des 1952 verstorbenen *Schumacher*; im Vordergrund standen die Unabhängigkeit von den Alliierten, die Nichtanerkennung von Gebietsansprüchen gegenüber Deutschland und die Deutsche Einheit mit Bundeshauptstadt Berlin als Nahziel. Auch die Wiederbewaffnung wurde nach wie vor abgelehnt. Statt dessen setzte sich die SPD für die „politische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammen-

²² zit. nach Kunz, S. 279

²³ zit. nach Kunz, S. 280

²⁴ zit. nach Stöss, S. 2030

²⁵ zit. nach Stöss, S. 2057

²⁶ zit. nach Stöss, S. 2057

arbeit der Völker und Staaten zur gemeinsamen Sicherung des Friedens²⁷ und für eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung ein. Frieden könne nur über die Sicherung der Demokratie erhalten werden. Europa sollte als demokratisch neugestaltete „Gemeinschaft gleichberechtigter Völker“²⁸ etabliert werden, wobei der SPD neben der Friedenssicherung auch „die Schaffung eines zusammenhängenden Wirtschaftsgebiets mit Freizügigkeit für Menschen, Waren und Nachrichten“ wichtig waren. Die Beschlüsse, insbesondere die vom Berliner Parteitag, waren nicht unumstritten, es zeigte sich der Gegensatz zwischen Traditionalisten, die versuchten, die SPD als Arbeiterpartei zu erhalten, und Erneuerern, die sich anderen Schichten öffnen und die bürokratische Unbeweglichkeit der Partei beseitigen wollten. Auch die Dominanz der Außenpolitik geriet zunehmend in die Kritik, da der Sinn der Westintegration auch mit Blick auf eine mögliche Wiedervereinigung kaum noch angezweifelt werden konnte. Aufgrund der innerparteilichen Diskussion wurde die proklamierte kämpferische Politik nicht wirklich umgesetzt und auch das Wirtschaftswunder von der Parteiführung kaum wahrgenommen.²⁹

1958 fand ein Parteitag in Stuttgart statt, auf welchem ein Organisationsstatut beschlossen wurde, in dem innerparteilichen Reformansätze aufgegriffen wurden, durch die die Fraktion gegenüber der Partei gestärkt wurde, ohne daß es jedoch zu mehr innerparteilicher Demokratie kam. Neben organisatorischen Veränderungen gab es auch personelle Wechsel in vielen Positionen.³⁰

4.3 Das Godesberger Programm

1959 beschloß die SPD in Bad Godesberg mit dem sog. **Godesberger Programm** ein Grundsatzprogramm, welches, so ist in der Präambel zu lesen, dem Widerspruch zwischen Furcht vor Selbsterstörung der Menschheit und Hoffnung auf glückliche Zukunft Rechnung tragen sollte.³¹ Als Lösung dieses Widerspruchs wurde eine bessere Gesellschaftsordnung durch demokratischen Sozialismus angestrebt, welcher als „Aufgabe [angesehen wurde], Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität durch Demokratisierung der Gesellschaft, durch soziale und wirtschaftliche Reform zu verwirklichen.“³² Die Demokratie sollte „die all-

²⁷ vgl. Kunz, S. 301

²⁸ Dieses und das nachfolgende Zitat sind zit. nach Kunz, S. 302

²⁹ vgl. Kunz, S. 280 f. (Deutschlandpolitik) und S. 307 (Wirtschaftsprogrammatik), sowie Stöss, S. 2056 ff.

³⁰ vgl. Stöss, S. 2058 f.

³¹ vgl. Stöss, S. 2062

³² zit. nach Berliner Programm, S. 6

gemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.“³³ Gleichzeitig wurde erneut der Wandel von einer marxistischen Arbeiterpartei zu einer linken Volkspartei, das „Abwerfen ideologischen Ballastes (Carlo Schmid) an marxistischer Terminologie“³⁴ und damit die Öffnung für breitere Wählerschichten versucht. Die bisherige Entwicklung Deutschlands und dessen Westanbindung wurden als politisches Faktum anerkannt, jedoch eine internationale Rechtsordnung, die allgemeine, kontrollierte Abrüstung und ein kernwaffenfreies Europa gefordert. Die SPD bekannte sich eindeutig zur Demokratie und zum Grundgesetz, auch zu dessen Verteidigung und somit zur Landesverteidigung. Auch wenn nach wie vor Krieg als Mittel der Politik abgelehnt wurde, wurde die Wiederbewaffnung akzeptiert. Die Streitkräfte sollten „der politischen Führung durch die Regierung und der Kontrolle durch das Parlament unterstellt sein.“³⁵ Insgesamt sollte die Außenpolitik Frieden bewahren und Freiheit sichern.³⁶

Das Wirtschaftsprogramm war geprägt vom Zukunftsoptimismus aufgrund des sich abzeichnenden Wirtschaftswachstums. Die SPD, die sich sowohl gegen den reinen Kapitalismus, als auch gegen den Kommunismus stellte, bekannte sie sich auch zur Sozialen Marktwirtschaft, wobei öffentliche Kontrolle politischer und ökonomischer Macht Monopolbildungen verhindern sollte. Freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative wurden ebenso wie die Tarifautonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände als wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik genannt und der freie Markt befürwortet. Öffentliche Kontrolle und staatliche Eingriffe sollte es jedoch geben, wenn Monopolbildungen die Freiheit der Marktes gefährdeten. Ökologische Konsequenzen des Wachstums wurden noch nicht gesehen.³⁷ Im sozialen Bereich wurde eine umfassende Sozialgesetzgebung gefordert, die Veränderungen in der Gesundheitspolitik, Einführung einer Mindestrente und ein verbesserter Familien- und Jugendschutz, sowie Chancengleichheit bei Bildung und Freiheit von Forschung und Lehre beinhalten sollte. Im kulturellen Bereich zeigte die SPD die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Kirchen und Religionsgemeinschaften auf der Grundlage gegenseitiger Toleranz.³⁸ Das Godesberger Programm wurde in zahlreichen Fachkonferenzen und Gesprächen mit der Wirtschaft weiterentwickelt, seine Grundtendenzen blieben jedoch erhalten, Kritik des linken Flügels stieß auf wenig Resonanz.

³³ zit. nach Alexander, S. 44

³⁴ vgl. Schmitt, S. 149

³⁵ zit. nach Kunz, S. 329

³⁶ vgl. Stöss, S. 2063

³⁷ vgl. Schmitt, S. 149 und Alexander, S. 44

³⁸ vgl. Kunz, S. 323 ff. und Schmitt, S. 149

4.4 Die SPD in der Regierungsverantwortung

In der ersten Hälfte der 60er Jahre bereitete sich die SPD zunehmend auf eine Regierungsbeteiligung vor, zeigte dabei auch die Bereitschaft, als Juniorpartner in einer Großen Koalition mitzuwirken. Als Opposition zeigte sie sich kooperativ mit den Regierenden, wurde teilweise auch als stumme Opposition bezeichnet. Die SPD wollte das Bild einer modernen, dynamischen, unverbrauchten Partei abgeben. Nach der Bundestagswahl 1966 kam es dann unter *Kiesinger* tatsächlich zu einer Koalition mit der CDU/CSU. Der Wille, an der Macht beteiligt zu sein, war größer als die Kritik an der Koalition, die vor allem von Parteilinken und von der aufkommenden Außerparlamentarischen Opposition geäußert wurde. Im Außen-, Wirtschafts- und Justizministerium konnte die SPD ihre Regierungsfähigkeit unter Beweis stellen, verlor aber durch ihre Annäherung an die Unionsparteien an Profilschärfe. Die daraus resultierende desintegrierende Wirkung brachte die programmatische Diskussion wieder in Gang, die Koalition wurde zunehmend als Übergangslösung angesehen.³⁹

Als dann nach der Bundestagswahl 1969 unter *Willy Brandt* eine Koalition mit der FDP zustande kam, herrschte euphorische Aufbruchsstimmung in der SPD, viele der protestierenden Studenten strömten in die Partei. Trotz knapper Mehrheit im Bundestag konnten zahlreiche Reformvorhaben in Angriff genommen werden, so z.B. eine grundlegende, auf Verständigung ausgerichtete Ostpolitik und demokratische Reformen unter dem Motto „Mehr Demokratie wagen“⁴⁰. Zu den Stammwählern der SPD gehörten inzwischen auch immer mehr Angestellte und Beamte, so daß sich die Partei von einer Arbeiter- zu einer Arbeitnehmerpartei entwickelte. Aus der Sicht der SPD waren die Leistungen der *Brandt*-Regierung die Schaffung von Arbeitnehmerrechten, mehr Beteiligungsrechte für Bürger, der Ausbau des Sozialstaates, die Beseitigung rechtlicher Nachteile ganzer Bevölkerungsgruppen und außenpolitisch die Aussöhnung mit Osteuropa.⁴¹

1972 scheiterte die Opposition mit einem Kanzlersturz. Dennoch verlor die Regierungspolitik der SPD an Überzeugungskraft, aufgrund des Scheiterns zahlreicher Reformvorhaben an politischen Barrieren von CDU/CSU, Unternehmerverbänden und der katholischen Kirche, aber auch an zu knappen Finanzen geriet die SPD in die Defensive. Schließlich trat *Brandt* 1974 aufgrund einer Spionage-Affäre als Kanzler, nicht jedoch als Parteivorsitzender zurück.

³⁹ vgl. Stöss, S. 2093 ff.

⁴⁰ zit. nach Stöss, S. 2098

⁴¹ vgl. Berliner Programm, S. 7

1975 wurde nach vorangegangener zweijähriger Diskussion der Ökonomisch-politisch Orientierungsrahmen für die Jahre 1975 bis 1985, der sog. **Orientierungsrahmen 85**, verabschiedet, welcher als Grundlage für die Politik der nächsten zehn Jahre dienen sollte. Er sollte der Partei und der Öffentlichkeit mehr Klarheit über das verschaffen, welche Probleme anstanden und welche Möglichkeiten erkannt und angestrebt wurden.⁴² Im Orientierungsrahmen heißt es, die Reformpolitik in der BRD sei bestimmt durch Fragen der Weltwirtschaft und durch Probleme moderner Industriegesellschaften. Als Grundvoraussetzung langfristiger Arbeitsplatzsicherung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung sollte daher die Wirtschaft im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft modernisiert werden. Weitere Schwerpunkte im Orientierungsrahmen waren die Reform der Berufsbildung, die Humanisierung der Arbeitswelt (mehr Mitbestimmung durch Arbeitnehmer), die Reform des Gesundheitswesens, Veränderungen in Städteplanung und Stadtentwicklung zur Verbesserung der Lebensqualität insbesondere in Verdichtungsräumen und die Gleichstellung der Frauen. Neu war die Forderung, keinen weiteren Raubbau an der Natur zu betreiben. Außenpolitisch strebte die SPD vor allem eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit an, da nur durch diese Frieden geschaffen und erhalten werden könne. Insbesondere sollte die Einigung Europas „mit Nachdruck und Ausdauer“⁴³ weitergeführt werden. Liberalismus, Konservatismus, antiautoritäre Romantik, Kommunismus und Marxismus-Leninismus wurden als Irrtümer bezeichnet. Statt sich an einer festen Ideologie zu orientieren, sollte der Vermittlungs- und Diskussionsprozeß mit der Bevölkerung gefördert werden.⁴⁴

Nach dem Rücktritt *Brandts* bekleidete *Helmut Schmidt*, der als eher konservativer Pragmatiker galt, bis 1982 das Amt des Kanzlers, ebenso wie sein Vorgänger gestützt auf eine sozialliberale Koalition. „Der ‚Stabwechsel‘ von Brandt zu Schmidt 1974 beendete auch einen Abschnitt sozialliberaler Reformpolitik. Reformen sollten zwar weiterhin durchgeführt werden, aber sie durften kein Geld mehr kosten.“⁴⁵ Schmidts primäres Ziel war es daher, den Staat „anständig“ zu regieren und nicht, die Gesellschaft durch Reformpolitik zu verändern. Zudem war er der Ansicht, daß wer die Mitte abschreckt, verliert. Diese Einstellung bedeutete eine deutliche Orientierung weg von den linken Wurzeln der SPD hin zur Mitte. Kritik, hervorgebracht vor allem von Jusos und Parteilinken, gab es insbesondere wegen des NATO-Doppelbeschlusses und des Ausbaus der Kernenergie. Im Rahmen dieser Kritik entstand ein

⁴² vgl. Kunz, S. 338

⁴³ zit. nach Kunz, S. 347

⁴⁴ vgl. Stöss, S. 2081 f., sowie Kunz, S. 339 und S. 344 f.

⁴⁵ zit. nach Stöss, S. 2099

neuer linker Flügel in der Partei, andere linke Parteien erhielten Zulauf. Besonders profitiert haben von dieser Entwicklung die sich gerade im Aufbau befindlichen Grünen. Gescheitert ist die *Schmidt*-Regierung letztendlich an „sozial- und vor allem gewerkschaftspolitische[n] Differenzen mit dem nationalliberalen Flügel der FDP.“⁴⁶

4.5 Das Berliner Programm

Nach der Wahl *Helmut Kohls* (CDU) zum Nachfolger *Helmut Schmidts* als Bundeskanzler zog sich die SPD zunächst zurück, mußte vieles aufarbeiten. Erst 1989 beschloß sie ein neues Grundsatzprogramm, das **Berliner Programm**. Außenpolitisch forderte dieses Programm den friedlichen Wettbewerb statt Krieg und Wettrüsten. Alle Staaten sollten in einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung eine „faire Chance zur eigenständigen Entwicklung“⁴⁷ haben. Für Europa wurde eine Zusammenarbeit aller Völker in einer demokratischen und sozialen Ordnung des Friedens angestrebt. Auch in der Wirtschaft sei aufgrund der Dominanz multinationaler Konzerne eine intensive Zusammenarbeit in Europa notwendig, Aufgaben und Probleme könnten nicht mehr nur national gesehen werden. In der Wirtschaftspolitik sprach sich die SPD darüber hinaus für die Demokratisierung der Wirtschaft und die Verhinderung von Monopolen aus und forderte den Übergang zu einer ökologischen Wirtschaft, „die das Leben von Mensch und Natur auf unserem Planeten dauerhaft bewahrt.“⁴⁸ Dieser Forderung zugrunde lag die Feststellung, daß technischer Fortschritt und ökonomisches Wachstum ihre Grenzen hätten. Fortschritt sollte daher auf Qualität und nicht auf Quantität ausgerichtet sein. Des weiteren wollte sich die SPD einsetzen für die Gleichstellung der Geschlechter, den Kampf gegen Diskriminierung sozialer Randgruppen und freie Entfaltungschancen, sowie Solidarität zwischen den Kulturen. Ausgangspunkt und Ziel allen Handelns sollte die Würde des Menschen sein. Trotz der Abgrenzung vom Kommunismus, der es lediglich vermochte, „die Herrschaft einer privilegierten Bürokratie“⁴⁹ zu errichten, trat die SPD im Berliner Programm als linke Volkspartei auf, deren Ziel die Stärkung der Demokratie unter Orientierung an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus (Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität) war. Insgesamt kann das Programm als Fortführung des Godesberger Programms angesehen werden, welches Probleme artikuliert und Fragen beantwortete, „die

⁴⁶ zit. nach Schmitt, S. 137

⁴⁷ zit. nach Berliner Programm, S. 5

⁴⁸ zit. nach Berliner Programm, S. 5

⁴⁹ zit. nach Berliner Programm, S. 6

in der post-industriellen alten Bundesrepublik ganz oben anstanden.“⁵⁰ Die neue Situation der sich ankündigenden Wiedervereinigung blieb jedoch unerwähnt, so daß die SPD als klassische Arbeiterpartei in den dringenden Fragen Ostdeutschlands, die sich um Erwirtschaftung und Verteilung von Wohlstand drehten, nur wenig beizutragen hatte.⁵¹

5. [Fazit: Grunderfahrungen der SPD und Ausblick](#)

Insgesamt lassen sich vier Grunderfahrungen feststellen, die die programmatische Entwicklung der SPD deutlich geprägt haben⁵²:

1. **Die Erfahrung des Nicht-Dazu-Gehörens und des Ausgeschlossen-Seins.**

Von ihrer Gründung an war das zentrale Thema für die Programmatik der SPD „die Emanzipation der Arbeiterschaft und ihre Integration ins politische und gesellschaftliche System.“⁵³ Immer wieder trat daher die SPD als eine Art „Ghetto-Partei“⁵⁴ der ökonomisch ausgebeuteten, politisch unterdrückten und gesellschaftlich ausgegrenzten Arbeiterschaft auf und schaffte es oft nicht, sich anderen Wählerschichten zu öffnen.

2. **Die Erfahrung innerparteilicher Flügelkämpfe.**

In ihrer gesamten Entwicklung wurden in der SPD Flügelkämpfe zwischen pragmatischen Reformisten und orthodoxen Marxisten ausgetragen, die oft die politischen Handlungsmöglichkeiten der Partei lähmten. Die aus den Flügelkämpfen entstehende Integrationsschwäche der SPD verhalf oftmals anderen Parteien zu Wahlerfolgen, führte zur Abspaltung der USPD und ist zudem mit als Anlaß für die Gründung der Grünen zu sehen. Andererseits entstand in der SPD eine für die innerparteiliche Demokratie wichtige Diskussionskultur.

3. **Die Erfahrung politischer Verfolgung und Unterdrückung.**

1878 bis 1890 war die SPD aufgrund des Bismarckschen Sozialistengesetzes ebenso verboten wie 1933 bis 1945 im Dritten Reich nach ihrer Nicht-Zustimmung zu Hitlers Ermächtigungsgesetz. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wurde die SPD zudem 1946 mit der KPD zur SED zwangsvereinigt. Dennoch setzten die Sozialdemokraten von der Entstehung der Partei bis heute nahezu ohne Unterbrechung ihre Arbeit fort.

⁵⁰ zit. nach Schmitt, S. 150

⁵¹ vgl. Schmitt, S. 150

⁵² zu den genannten „Grunderfahrungen“ vgl. Schmitt, S. 134 ff.

⁵³ zit. nach Schmitt, S. 134

⁵⁴ zit. nach Schmitt, S. 134

Im Laufe dieser Entwicklung blieben sozialistischen Grundprinzipien stets erhalten, wenn sie sich auch bei der Umsetzung in konkrete politische Forderungen und Maßnahmen den Gegebenheiten der Zeit anpassen mußten.

4. **Die Erfahrung der Regierungsverantwortung.**

Der Erfahrung politischer Verfolgung entgegengesetzt steht die Erfahrung der Regierungsbeteiligung. In der Weimarer Republik war die SPD von 1918 bis 1923 und von 1928 bis 1930 an der Regierung beteiligt, in der BRD von 1966 bis 1982 und seit 1998. Oftmals stand die Politik der regierenden SPD im Widerspruch zum Programm, Pragmatiker setzten sich zugunsten der Kompromißfähigkeit der Partei gegen marxistische Ansätze durch.

Die geistigen Wurzeln der SPD liegen „im Christentum und in der humanistischen Philosophie, in der Aufklärung, in Marxscher Geschichts- und Gesellschaftslehre und in den Erfahrungen der Arbeiterbewegung.“⁵⁵ Zudem wurden „Ideen der Frauenbefreiung [...] bereits im 19. Jahrhundert [...] aufgenommen und weiterentwickelt“⁵⁶ und Forderungen des Umweltschutzes schon in den 1970er Jahren in das Programm integriert. Sozialistische Grundprinzipien wurden, wenn auch aus pragmatischen Gründen in abgeschwächter, der Zeit angepaßten Form, im Laufe der gesamten Entwicklung der Partei beibehalten. Gleichzeitig ist die Entwicklung der Programme davon geprägt, daß die Partei immer wieder, mit unterschiedlichem Erfolg, versuchte, sich anderen Wählerschichten zu öffnen. Für die Zukunft der SPD und der Sozialdemokratie allgemein ist dies auch notwendig, denn die Ausbeutung und Unterdrückung der durch die SPD vertretenen Arbeiterschaft ist in der damaligen Form in Deutschland heute nicht mehr anzutreffen.

⁵⁵ zit. nach Berliner Programm, S. 7

⁵⁶ zit. nach Berliner Programm, S. 7

6. Anhang

6.1 Abkürzungsverzeichnis

a) Parteien

BVP	Bayrische Volkspartei
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DVP	Deutsche Volkspartei
Jusos	Jungsozialisten
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
MSPD	Mehrheits-Sozialdemokraten
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
SDP	Sozialdemokratische Partei
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

b) Weitere Abkürzungen

BRD	Bundesrepublik Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
NATO	North-Atlantic Treaty Organisation
SBZ	Sowjetisch besetzte Zone
UNO	United Nations Organisation

6.2 Personenverzeichnis

Bebel, August	2.1, 2.2	Löbe, Paul	3.2
Bismarck	2.2	Luxemburg, Rosa	2.2
Brandt, Willy	4.4	Marx, Karl	2.1
Ebert, Friedrich	2.2 / 2.3	Max von Baden	2.3
Grotewohl, Otto	4.1	Müller, H.	3.1
Kaiser Wilhelm I.	2.2	Naske	2.2
Kautsky, Karl	2.2	Ollenhauer, Erich	3.2
Kiesinger, Kurt Georg	4.4	Scheidemann	2.2
Kohl, Helmut	4.5	Schiller, Karl	4.2
Lassalle, Ferdinand	2.1	Schmid, Carlo	4.3
Leber, Julius	3.2	Schmidt, Helmut	4.4
Liebknecht, Wilhelm	2.1	Wels, Otto	3.2

6.3 Literaturverzeichnis

Vorstand der SPD (Hrsg.):

Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, Bonn 1989.

[zitiert als: Berliner Programm]

Stöss, Richard (Hrsg.):

Parteien-Handbuch.

Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland, Sonderausgabe Band 4: NDP bis WAV, Opladen 1983.

[zitiert als: Stöss]

Schmitt, Hermann:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

In: Alf Mintzel, Heinrich Oberreuter (Hrsg.): Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn 1992.

[zitiert als: Schmitt]

Kunz, Rainer u.a.:

Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (II).

SPD, F.D.P., NPD, DKP, 3., bearbeitete Auflage, München 1979.

[zitiert als: Kunz]

Olzog, Günter und Liese, Hans-J.:

Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland.

Geschichte – Programmatik – Organisation – Personen – Finanzierung, Mit Texten des Parteigesetzes, Geschichte und Staat, Band 104, München 1983.

[zitiert als: Olzog]

Bahr, Egon (Hrsg.):

SPD – Porträt einer Partei.

Geschichte und Staat, Band 217, München 1980.

[zitiert als: Bahr]

Alexander, Manfred u.a.:

Politische Weltkunde II.

Themen zur Geschichte, Geographie und Politik, Europa und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1974.

[zitiert als: Alexander]

Bernlochner, Ludwig (Hrsg.):

Geschichte und Geschehen II.

Oberstufe, Ausgabe A/B, Stuttgart 1995.

[zitiert als: Bernlochner]

Grütter, Werner:

Zeiten und Menschen.

Ausgabe K, Geschichte für Kollegstufe und Grundstudium, Band 3, Politik, Gesellschaft, Wirtschaft von 1776 bis 1918 Paderborn 1989.

[zitiert als: Grütter]

Brockhaus Enzyklopädie in zwanzig Bänden.

Siebzehnte völlig neubearbeitete Auflage des Großen Brockhaus, Siebzehnter Band SCHR – STAL, Wiesbaden 1973.

[zitiert als: Brockhaus, Band 17]